

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des MFG-Klubs im Oberösterreichischen Landtag
betreffend
eine Entlastung der BürgerInnen angesichts von Teuerungen**

Gemäß § 25 Abs. 7 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert,

- 1. in ihrem eigenen Wirkungsbereich Maßnahmen zur Entlastung der BürgerInnen angesichts von Teuerungen umzusetzen, insbesondere folgende Maßnahmen zu beschließen:**
 - a. ein Teuerungsstopp im öffentlichen Bereich: sämtliche Steuern, Abgaben, Gebühren, Tickets für öffentliche Verkehrsmittel, Freizeiteinrichtungen usw., welche in den eigenen Wirkungsbereich des Landes Oberösterreich fallen (dh bei direkter Zuständigkeit bzw mehrheitlicher Beteiligung), sind von einer Erhöhung auszunehmen,
 - b. Anpassung und Erhöhung der Wohnbeihilfe gemäß den bestehenden Kriterien auf Basis der VPI-Kategorie „Wohnung, Wasser, Energie“.
 - c. die Streichung der Landesrundfunkabgabe im Rahmen der GIS-Gebühren,
 - d. Entlastung von PendlerInnen durch Auszahlung eines Teuerungsausgleichs und/oder Anpassung der Oö. Fernpendelbeihilfe im Ausmaß der gestiegenen Treibstoffpreise seit Beginn des Jahres 2022.

2. an die Bundesregierung heranzutreten mit der Forderung nach einer Entlastung der BürgerInnen angesichts von Teuerungen, insbesondere mit folgenden Forderungen:

- a. möglichst rasche Beschließung und Umsetzung von Maßnahmen zur Entlastung von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen,
- b. eine faire Verteilung der Steuerlast, ohne diese insgesamt zu erhöhen,
- c. Erhöhung der Familienbeihilfe,
- d. Senkung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel auf 0 %,
- e. die Zurücknahme der CO₂-Besteuerung,
- f. die Streichung der GIS-Gebühren.

Begründung

Das tägliche Leben wird für die BürgerInnen Oberösterreichs stetig und spürbar teurer: Die Inflation steuert in Österreich auf 6% zu (Quelle: <https://www.krone.at/2629128>). Die Lebenshaltungskosten steigen rasant an, eine deutliche Steigerung der Preise für Güter des täglichen Bedarfs und vor allem auch für Energie und Treibstoffe machen der oberösterreichischen Bevölkerung zu schaffen. Hinzu kommt die Teuerung im öffentlichen Bereich (zB Tickets für öffentliche Verkehrsmittel).

Vor allem einkommensschwache Bevölkerungsgruppen leiden unter der Teuerungswelle. Durch die vor allem in den letzten Tagen wahrgenommene deutliche Steigerung der Preise für Treibstoffe – welche durch die Einführung der von der Bundesregierung beschlossenen CO₂-Bepreisung noch einmal in die Höhe schießen werden – sind vor allem auch Pendler stark betroffen.

Auf der anderen Seite geben sowohl das Land Oberösterreich als auch der Bund Millionen Steuergelder für Impfkampagnen und -lotterien aus. Es wäre sozial gerecht, stattdessen Gelder für eine finanzielle Entlastung der BürgerInnen heranzuziehen. Es liegt in der Verantwortung der Politik, dafür zu sorgen, dass die BürgerInnen mit ihrem Einkommen ein Auskommen finden.

Es kann nicht sein, dass vor allem einkommensschwache BürgerInnen sich die Frage stellen müssen, wie sie ihr tägliches Leben finanzieren, insbesondere wie sie ihre Tank-, Strom- und Heizkosten sowie Internet- und Rundfunkgebühren bezahlen sollen, während die Regierung eine CO₂-Bepreisung einführt und Millionen an Steuergeldern für Impfwerbung ausgibt.

Deshalb braucht es gezielte Maßnahmen und einen sozial gerechten Teuerungsausgleich, um die Kaufkraft der oberösterreichischen Bevölkerung aufrecht zu erhalten und sie vor unzumutbaren finanziellen Belastungen, resultierend aus der stetigen Teuerung, zu bewahren bzw. diese bestmöglich von ihr abzuwenden.

Linz, am 08.03.2022

(Anm.: MFG Klub im Oö. Landtag)
Aigner, Krautgartner, Häusler